

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Nutzfahrzeuge mit Abbiegeassistenten ausrüsten - Radfahrer und Fußgänger besser schützen**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zu prüfen und den Landtag bis zum Jahresende 2018 zu unterrichten, inwieweit und mit welchem Kostenaufwand bereits vor einer verpflichtenden Einführung von Abbiegeassistenzsystemen die Fuhrparks aller den Geschäftsbereichen der Landesministerien nachgeordneten Behörden und Institutionen so nachgerüstet werden können, dass dort alle Nutzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse ab 3,5 Tonnen mit Abbiegeassistenzsystemen versehen sind. Diese Systeme müssen Rad fahrende und zu Fuß gehende Personen beim Abbiegen erkennen, FahrerIn oder Fahrer auf die Gefahr aufmerksam machen und notfalls selbstständig den Bremsvorgang einleiten.
2. dafür Sorge zu tragen, dass bei Neuanschaffungen ab Jahresbeginn 2019 alle Nutzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse ab 3,5 Tonnen in den Geschäftsbereichen der Landesministerien mit Abbiegeassistenzsystemen auszustatten sind.
3. darauf hinzuwirken und Anreize zu schaffen, dass Kommunen, kommunale Unternehmen und Einrichtungen ihre Nutzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse ab 3,5 Tonnen bei Neubeschaffung mit Abbiegesystemen ausrüsten und möglichst auch nachrüsten.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Politisches Handeln ist angesichts vielfach tödlich verlaufender Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern oder Fußgängern beim Rechtsabbiegen von Nutzfahrzeugen dringend geboten. Sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Bundesrat sind unlängst Beschlussfassungen erfolgt, die eine europaweit verpflichtende Ausrüstung und Nachrüstung von Abbiegeassistenzsystemen zum Ziel haben. Der Deutsche Bundestag beabsichtigt dies für Nutzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse ab 3,5 Tonnen, der Bundesrat ab 7,5 Tonnen. Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, kündigte bereits an, alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen der nachgeordneten Behörden bis 2019 mit Abbiegeassistenten auszustatten. Auch Hamburg geht mit gutem Beispiel voran.

Mecklenburg-Vorpommern sollte ebenfalls nicht abwarten, bis eine europäische Lösung greift. Die Landesebene sollte Vorbild sein und bereits ab dem kommenden Jahr Neufahrzeuge mit entsprechenden Assistenzsystemen anschaffen und möglichst auch vorhandene Fahrzeuge nachrüsten. Ziel ist es, auch zu erreichen, dass die kommunale Ebene diesem Beispiel folgt. Zugleich sollen durch verstärkte Nachfrage Hersteller von Nutzfahrzeugen animiert werden, ihre Neufahrzeuge serienmäßig mit Abbiegeassistenten auszurüsten.